

Kein Tarifvertrag mit Nebenwirkungen Hebammenverband fordert Erleichterungen für Krankenhäuser

Karlsruhe (8. April 2008) - Der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst war längst überfällig. Der Abschluss liegt deutlich über der Inflationsrate, sodass die Beschäftigten seit langem mal wieder einen Reallohnzuwachs erhalten. Die Freude über den Tarifabschluss währte allerdings nur kurz, weil sie sofort von der Frage nach möglichen Auswirkungen für die Beschäftigten im Krankenhaus verdrängt wurde.

Bereits heute sind die Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft völlig unterfinanziert. Da eine Ertragssteigerung im Krankenhaus so gut wie unmöglich ist, ist die Sorge berechtigt, dass die zu erwarteten Mehrausgaben wiederholt durch Personalabbau kompensiert werden sollen. „Aber da gibt es nichts mehr einzusparen“, so Martina Klenk, verantwortlich im Hebammenverband für den Bereich der angestellten Hebammen. „Unsere Kreißsäle sind bereits heute notorisch unterbesetzt, sodass eine gute Geburtshilfe nicht mehr gewährleistet ist. Ich befürchte, dass bei einem verstärkten Personalmangel die Kaiserschnittquote noch weiter nach oben klettern wird und sich die Geburtseinleitungen häufen werden. Heute schon ist zu beobachten, dass die Frauen

mit ihren Neugeborenen nicht die zeitliche Zuwendung erhalten können, um wohl versorgt ins heimische Wochenbett entlassen zu werden“, so Martina Klenk weiter.

Damit die Kreißsaalhebammen nicht eines Tages auf der „Rote Liste“ stehen, solidarisiert sich der Hebammenverband mit den Pflegenden und ärztlich Tätigen und fordert eine Aufhebung der Budgetierung für Krankenhäuser. „Jetzt ist die Politik am Zug. Sollen die Krankenhäuser einigermaßen menschenwürdig bleiben, dann muss jetzt schnellstens nachgebessert werden“ so Martina Klenk.

Pressemeldung des Bund Deutscher Hebammen vom 8. April 2008 (tB).